

Der Wert-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezug nur durch die Post.
Preis das Vierteljahr 6 Mt., wozu noch das Bestellgeld
hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Königshof, Nr. 1074

Anzeigen die dreispaltene Kleinzeile 3 Mt., Arbeits-
markt 1 Mt. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind
an Otto Sehm, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5385.

Inhalt: Konferenz der Zeug- und Stoffdrucker. — Ein Beitrag zur Diktatur des Proletariats. — Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus (II). — Moskau, die anderen und wir (II). — Die Lage Rußlands. — Geier des Schlachtfeldes. — Maßnahmen Italiens gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsbeilage: Die Ungebildeten. — Kinder in Not!

Konferenz der Zeug- und Stoffdrucker.

Sonntag, den 19. Dezember 1920, findet in Kassel eine Konferenz für die Arbeiterschaft der Zeug- und Stoffdruckerien statt. Tagesordnung und alles Nähere wird den Ortsverwaltungen bekanntgegeben. Der Vorstand.

Ein Beitrag zur Diktatur des Proletariats.

Diktatur des Proletariats heißt: Herrschaft des Proletariats. Das Proletariat ist die Masse der Arbeiter, nicht deren Führer. Mit Recht wenden sich die Arbeiter gegen Führer, welche nach ihrem eigenen Willen, nicht nach dem der Arbeiter handeln oder handeln wollen. Ob es freilich solche Arbeiterführer gibt, bezweifeln wir; bis jetzt haben wir stets wahrnehmen können, daß die Arbeiterführer stets taten, was die Arbeiter von ihnen verlangten oder von dem sie, die Führer, voraussehen durften, daß die Arbeiter damit einverstanden sein würden. Natürlich konnte es dabei niemals nach dem Willen einzelner gehen, sondern stets mußte es nach dem Willen der Mehrheit der Arbeiter oder nach dem Willen der Mehrheit der von den Arbeitern gewählten Vertreter gehen. Der einzelne Andersdenkende mußte so auf die Erfüllung seines Willens verzichten, bis er ihn auf so viel andere übertragen hatte, daß diese nun die Mehrheit bildeten. Dann ging es natürlich nach dem Willen dieser Mehrheit.

Sein Arbeiterführer hat sich unseres Wissens niemals dagegen aufgelehnt, solchen Mehrheitswillen Folge zu leisten; es sei denn, daß er sich der Ansicht der Mehrheit nicht anschließen konnte; dann ist er aber sicher von seinem Posten zurückgetreten, hat die Ausführung des Mehrheitswillens nicht zu verhindern gesucht, sondern sie einfach anderen überlassen. Und niemals gab es Disharmonien zwischen Führer und Geführten, weil die Minderheitsführer, auch wenn sie von der Richtigkeit der Ansicht der Mehrheitsführer und von der Richtigkeit ihrer eigenen Ansicht leidenschaftlich durchdrungen waren, sich dem Mehrheitswillen stillschweigend fügten und anerkannten, daß

die Führer recht handelten, wenn sie den Minderheitswillen unbefolgt ließen.

Heute ist es damit meist anders; heute nennt man die Führer, welche sich mit ihren Handlungen an den Mehrheitswillen halten, oft Verräter an der Arbeiterfrage und ruft: „Weg mit den Leuten, welche nicht unserem Willen gemäß handeln wollen. Wofür zahlen wir denn, wenn wir keine Rechte haben sollen, wenn man unseren Willen nicht erfüllen will!“ Die so reden, verwechseln die Adressen: nicht die Führer sind schuld, daß sie nicht den Minderheitswillen erfüllen können, sondern die Mehrheit ist es, die sie daran hindert. Und daß die Minderheit ihrer Ansicht nicht mehr Verbreitung verschaffen kann, als daß sie eben in der Minderheit bleibt, das muß entweder an dem Mangel an Werbekraft für ihre Ideen oder an der Unempfänglichkeit der Mehrheit für die Ideen der Minderheit liegen, in keinem Fall liegt es an den Führern; denn wenn sie anstatt des Willens der Mehrheit den der Minderheit zur Geltung zu bringen versuchen wollten, dann wären sie Verräter an der Arbeiterfrage und dann könnte man mit Recht rufen: „Weg mit diesen Führern!“

Und es ist gut, daß es so — im allgemeinen — ist; nur so kann die Diktatur, der Wille des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiterklasse nach allen möglichen Richtungen hin verwirklicht werden, denn nur so können Massen und Führer eins sein und eine der notwendigsten Voraussetzungen für die Durchführung des Arbeiterwillens (der Mehrheit) erfüllen. Wo die Minderheit zur Durchsetzung ihres Willens gelangt, ohne zur Mehrheit zu werden, da kommt nicht mehr der Wille der Arbeiter in ihrer Mehrheit zum Ausdruck, sondern nur der einzelner Arbeiter oder deren Sachwalter, da gibt es keine Diktatur der Arbeiterschaft mehr, sondern nur noch eine Diktatur einzelner Arbeiter oder deren Sachwalter über die ganze Arbeitermasse. Die, welche die Herrschaft ausüben sollten, sind dann die Beherrschten, aus dem Subjekt wird ein Objekt. Dann gebietet nicht mehr die Masse, sondern einzelne gebieten über die Masse. Und wenn dann die Masse in später, aber richtiger Erkenntnis ihrer Lage noch so laut und noch so oft ruft: „Diese Führer müssen weg!“, dann wird man ihnen von Führerseite höhnisch ins Gesicht lachen und ihnen antworten: „Wir denken nicht daran zu weichen, denn ihr habt ja selber die Diktatur der Minderheit über die Mehrheit verlangt, und wir sind ja nun die denkbar geringste Minderheit und ihr die denkbar größte Mehrheit; wir haben ja eure Theorie nur in die Praxis umgesetzt.“

Und nun wollen wir zeigen, wie es unter solcher Praxis geht. Unter „Gewaltmaßnahmen gegen Arbeiter“ teilte die „Freiheit“ in Berlin in ihrer Morgenausgabe vom 19. Oktober mit:

„Die Moskauer Buchdrucker-Gewerkschaft war die letzte gewerkschaftliche Organisation, die sich bis vor kurzem ihre Selbstständigkeit bewahren konnte. Sie war deshalb dauernden Verfolgungen durch die Sowjetbehörden ausgesetzt. Als im Sommer die englische Arbeiterdelegation in Rußland weilte, hielten die Moskauer Buchdrucker eine Versammlung ab, die von 4000 Arbeitern besucht war. Dabei wurden den englischen Delegierten einige Klagen über das terroristische Regime vorgebracht. Das hat die Kommunisten sehr aufgebracht. Der Genosse Zschareff, der eine Resolution gedruckt haben sollte, die in der Versammlung angenommen worden war, wurde verhaftet, es folgte eine Bearbeitung der öffentlichen Meinung ein und schließlich schritten die Kommunisten dazu, die ganze Buchdruckerorganisation zu zerstören. Das ist ihnen auch gelungen. Die kommunistische Presse meldete vor einigen Wochen, daß die russischen Buchdrucker sich geschlossen für die kommunistische Partei erklärt hätten. Wie dieser Beschluß zustande kam, darüber unterrichtet ein Aufruf, den die Buchdrucker-Gewerkschaft an die Arbeiter der ganzen Welt richtet und in dem es heißt:

Während annähernd eines ganzen Monats bearbeiteten die Kommunisten mit Hilfe ihres Monopols die öffentliche Meinung. Sie logen und verleumdeten ohne Scham. Endlich verhafteten sie in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni alle Mitglieder der Verwaltungszentrale der Gewerkschaft und alle diejenigen, die verantwortungsvolle Posten innerhalb der Gewerkschaft inne hatten, mit Ausnahme von denjenigen, die noch Zeit hatten, sich zu verbergen. Am Morgen des 18. Juni wurden die Räume der Gewerkschaft von bewaffneten Regierungssoldaten besetzt und alle diejenigen, die aus irgendeinem Grunde den Kommunisten mißfallen hatten, wurden verhaftet. Gleichzeitig wurden Hausdurchsuchungen in mehreren Privatwohnungen der Angestellten der Gewerkschaft vorgenommen. Dieser neue Gewaltakt gegen die Arbeiterklasse hatte eine heftige Erbitterung unter den Moskauer Buchdruckern hervorgerufen. Sie wußten sehr gut, daß die Verwaltungszentrale der verfolgten Buchdrucker-Gewerkschaft nicht nur ein Vollzugsorgan der Mitglieder der Gewerkschaft ist, sondern daß er die wahre Vertretung der Drucker ist, weil er, im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften und Regierungsinstitutionen, auf Grund von Urwahlen gewählt worden war.

Ein Teil der Arbeiter hatte die Arbeit niedergelegt und verlangte die Befreiung der Verhafteten. Die herrschende Partei griff darauf zu einem Mittel gegen die streikenden Arbeiter, wie es die Bourgeoisie aller Länder niemals wagen würde zu gebrauchen. Den Streikenden wurden die Lebensmittelfkarten entzogen, eine Maßnahme, die unter den in Rußland herrschenden Verhältnissen die grausamste und unzulässigste ist, die hätte ergriffen werden können. Gleichzeitig wurde die Verhaftung der Kollegen vorgenommen, die zum Streik aufgefordert hatten.

Diese beiden Maßnahmen erreichten ihr Ziel: die Streikenden mußten wieder zur Arbeit, und unter dem Druck der Maßnahmen wurden die Arbeiter gezwungen, für eine Resolution zu stimmen, in der der früheren Zentralverwaltung das Mißtrauen (wörtlich: „die Verachtung“) ausgesprochen wird.

Die Ungebildeten.

Sie kamen des Morgens und Mittags und Abends, die Dweiser, Kritiker, Unzufriedenen; sie wiesen ihm Mies, Morisches, Scham und Schmutz; sie klagten bittere Not und offenbarten ihm Macht und Schatten — sie, die alle an das verheißungsvolle Licht geglaubt, das mitten in Novemberdauern nach langen, düsteren, leidverhüllten Schredenstagen durch grauen Wolkenhimmel brach. Alte Versprechungen, schönfarbene Zukunftsbilder, in Herzstiefen schlummernde Höhenweisen entstanden damals zu gigantischer Größe. Ein Hauchgebild. Die geachtete Macht. Jäh flammt Wille und Kraft noch einmal auf — in ihnen, die vom Druck so gebeugt, von Leid und Schreden schmerz erfüllt. Aber der Wille war größer als die Kraft. Der Grund war Schlamm, Morast — und der Trümmer lagen zu viele im Wege, die es galt wegzuräumen. Und er meinte zu ihnen: Schafft Grund, festen Boden erst, darauf sich großes Gebild kann gestalten, das Wind und Wetter trotzt. Das hieß langsame, mühselige, kräfteaubende, willenheischende, opfervolle, undankbare Arbeit verrichten. Jahre würden darüber vergehen, so wenig offensbare Fortschritte würden erstehen, die sich wie ein Nichts ausnehmen vor so kühnen Träumen, die ihnen damals vorgegaukelt. Der Wille schuf nicht allein — auch nicht allein die alte Kraft, wenn sie noch wäre — es mußten große Baumeister, geeignetes Werkzeug, gutes Material zur Stelle sein, planmäßig gezielte Kraft, vom Willen zum Ganzen zum Eifer getrieben. Tag für Tag hatte er solches zu ihnen gesprochen. Sie aber kamen des Morgens, Mittags und Abends auch am folgenden Tag voller Ungebuld und zehrender Sehnsucht im Innern und wiesen stetig von neuem auf Wunden, die sie alle im Nu heilen zu können glaubt. Er aber schüttelte traurig den Kopf — denn ihn schmerzten die Wunden — und sprach: „So, Freunde, geht's nicht! Ihr zerplittert nur eure Kräfte. Auf halbem Wege erlahmt ihr — oder baut Kartenhäuser.“ Sie aber waren darob unzufrieden. „Wir wollen's! ... und es muß gehen!“ Und mein Freund ward ob so klirrenden Willens nur ruhiger und löste ihnen Glied von Glied aus dem großen, unendlich feinen Organismus des Staates, der Wirtschaft, der Kultur

und Sitte, wies ihnen all das planvolle Zueinandergreifen, deutete hier und da, wo angefehrt werden mußte mit Verbesserungen, die dann folgerichtigerweise weiterwirken würden, bis ein Anderes, Besseres zum Schluß erstände. Und die ihn so hörten, gaben ihm recht. Am nächsten Morgen aber kamen sie wieder und meinten, er habe wohl recht, aber es ginge so langsam doch, man müsse was sehen — und sie wollten es erleben; sie hätten ihr ganzes Leben schon dahin gestrebt; es stecke so viel Ungebuld in ihnen. „Wenn Ihr glaubt, Ungebuld ist Kraft, so seid Ihr im Wahne.“ Und als er frag, wie es besser und schneller ginge, sprachen sie alle wie aus einem Munde: „Derb zupacken! Mit Gewalt! Durch die Tat!“ Da nun redete er zu ihnen mit schmerzlichem Nachsicht: „Wenn Ihr das wollt, schlägt alles in Trümmer! Ihr schlägt Euch selbst! In der kunstvollen Organisation liegt die Freiheit; gezügelte Kraft ist Voraussetzung dieser!“ Seit jenem Tage kamen sie nicht mehr; andere Prophezen redeten ihrer Ungebuld besser das Wort. Aber es waren nur — Worte!

Daer Journal (Amerika).

Kinder in Not!

Erholungsurlaub der Kinder im Ausland, Quäterhilfe, Schulspendung — ein paar Worte, die in der letzten Zeit so häufig genannt wurden, wenn über das Wohl und Wehe der deutschen Kinder gesprochen wurde. Zwei Millionen deutsche Kinder unterernährt! Eine Tatsache, die vor kurzem von kompetenter Seite ausgesprochen und ihren Weg durch die Nachrichtenpresse machte. Zwei Millionen Kinder — Menschen, die auf die Hilfe anderer unbedingt angewiesen sind und bei der bestehenden Not der weitesten Bevölkerungskreise Deutschlands hilflos den ganzen Sommer unseres zusammengebrochenen Vaterlandes am eigenen Körper am härtesten auskosten müssen. Die Nachrichten, die von dem Kinderjammer Deutschlands sprechen, sie werden gelesen, rufen teils ein Gefühl des Mitleids hervor, teils werden sie mit stumpfer Selbstbetrachtung von denen, die selber schon schwer tragen, hingenommen. Der eine Gedanke, Hilfe muß werden, ist wohl bei allen denjenigen vorhanden, denen irgendwie Regungen des Mitleids noch zu

eigen sind. Hilfe soll werden! Der Staat, dessen erste Aufgabe es ist, für die Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Hilflosen zu sorgen, ist außerstande, die Schäden wieder gut zu machen, die bei den Kindern im besonderen Maße durch die lange Entbehrungszeit hervorgerufen worden sind, ist aber auch weiterhin nicht in der Lage, das sich noch mehrende Elend bei unseren Jüngsten hintanzuhalten oder gar abzutellen. Dem Staat fehlen die Mittel. Selbsthilfe ist die Lösung für alle Zweige unseres Wirtschaftslebens, soll daselbst wieder gesunden. Selbsthilfe ist aber im besonderen notwendig, um der Not des Kindes zu steuern.

Es hieß Dunkel in die Nacht hineinragen, würde hier an dieser Stelle die Not des Kindes im einzelnen in drastischer Form geschildert. Der Arbeiter, die Arbeiterin, sie erleben es zum großen Teil am eigenen Körper und sehen es täglich in ihren Kreisen, wie groß die Not, die Hilfsbedürftigkeit des deutschen Kindes ist. Da wird die Aufforderung zur Geldsammlung für das notleidende deutsche Kind, welche von den großen Wohlfahrtsorganisationen Deutschlands mit Unterstützung der Gewerkschaftsverbände der verschiedensten Richtungen an alle gerichtet wird, auch in diesen Kreisen, die selber schon hart mit dem Dasein zu kämpfen haben, trotzdem nicht ungehört verfliegen. Die „Deutsche Kinderhilfe“, die neugegründete Wohlfahrtsorganisation, ruft für die Lage vom 26. November bis 5. Dezember alle Kreise des deutschen Volkes zur Geldsammlung auf. Es soll eine Volkstat werden, eine Tat, durch die das deutsche Volk beweisen soll, daß es trotz eigener Not bereit ist, auch sein Letztes zu tun, bereit ist, erneut sein gesundes menschliches Denken zum Ausdruck zu bringen. Die Aufnahme, welche die Sammlung bis jetzt in den verschiedenen Ständen gefunden hat, läßt Gutes erhoffen. Der Arbeiterstand wird auch in diesem edlen Wettbewerb der verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht zurückbleiben, und es steht zu erwarten, daß ein jeder gern und mit Freuden bereit ist, seinem Können entsprechend sein Scherflein zu dem edlen Sammelwerk beizutragen.

Ihr alle, die Ihr sicherlich zum großen Teil eine bessere Jugend erlebt habt, die Euch mindestens vor dem Schlimmsten bewahrte, beobachtet offenen Auges diejenigen, die in den letzten Jahren erst geworden sind und helft nach Kräften. Kinder in Not!

Die streikenden Buchdrucker wenden sich an die internationale Arbeiterbewegung und erklären: Sie sind zusammengebrochen unter dem Druck der rohen physischen Macht, und ihnen ist nur eins geblieben: auf die moralische Macht der internationalen Arbeiterbewegung zu hoffen. Die streikenden Drucker erklären, daß das Recht auf ihrer Seite war und nicht auf Seiten der Kommunisten. Sie erklären, daß die neue Zentralverwaltung ihrer Gewerkschaft, welche ihnen mit Gewalt aufgezwungen wurde, keinen Einfluß und kein Ansehen bei ihnen besitzt, daß im Gegenteil alle ihre Sympathien, all ihre Liebe auf Seiten derer ist, die im Gefängnis sitzen auf Seiten der alten Führer ihrer Gewerkschaft!

Die verhafteten Mitglieder des Zentralkomitees sind inzwischen zu Zwangsarbeit von sechs Monaten bis zu drei Jahren verurteilt worden. Das Urteil wurde auf administrativem Wege verhängt, d. h. es fand kein Prozeß statt, die Verurteilten hatten nicht die Möglichkeit, sich zu rechtfertigen. Und nun fragen wir die deutschen Arbeiter, ob sie derartige Methoden gutheißen können und ob wir nicht im Rechte sind, wenn wir uns gegen die Uebertragung der russischen Methoden auf Deutschland mit allen Mitteln wehren?

So weit die „Freiheit“. Wir fragen: Wo bleibt da der Massenwille, wo die Herrschaft der Masse? Und geschieht denn eine solche Vergewaltigung im Interesse der Arbeiter? Gewiß, sie, die Betroffenen, haben sich über den Kommunismus, wie er ist, aber nicht sein soll und gewiß auch nicht zu sein braucht, beschwert. Das geschah doch aber gemäß nicht zwecks Bekämpfung des Kommunismus, sondern nur zum Zweck seiner Verringerung. Beschwerde, Klage, Kritik galten bisher stets als erlaubte und wirksame Mittel zur Abstellung von Mängeln und Fehlern. Man sieht aber, wie solche Mittel unwirksam gemacht werden können, wenn die Massen ihre Macht an einzelne von ihnen abtreten und diesen willenlos folgen; zeigen sie wieder einmal Willen, wird er einfach brutal gebrochen und sie werden vergewaltigt.

Das ist aber nur die Konsequenz der Lehre von der angeblich unter Umständen notwendig werdenden Diktatur der Minorität über die Mehrheit. . . .

Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus.

Von Conrad Schmidt.

II.

Der Staat, der die Gesetze gibt — das ist der Grundgedanke —, kann sich vor der Vernunft als rechtliches Gebilde, das mehr als bloße Zwangsmacht bedeutet, und dem die Glieder der Gesellschaft aus inneren Gründen Gehorsam schulden, nur ausweisen, sofern er als Organ der Gesellschaft deren Gesamtinteresse vertritt. Gesellschaftliches Leben ist nur möglich im Rahmen einer Ordnung, in der die Gesellschaftsglieder in ihrem eigenen Interesse, um sich vor gegenseitigen Uebergriffen und Gewalttätigkeiten zu schützen, im Staat sich eine höchste Macht geschaffen haben, die diesem Zweck im Interesse aller dienen soll. Sie sind im Staate (oder doch in einem richtigen, vernünftigen Staate) nicht einem fremden Willen, sondern ihrem eigenen Gesamt- oder Kollektivwillen unterworfen. Dieser Gesamtwillen, der die Interessen aller in sich zusammenfaßt und dem aus diesem Grunde alle vernünftigerweise Gehorsam schulden, ist der oberste und allgemeinste Rechtsgrund, der den Machtgeboten des Staates erst die Würde von Rechtsgeboten verleihen kann.

Diese Auffassung, im Reim der naturrechtlichen Gedanken angelegt, hat dann in Rousseaus berühmten Schriften vom Gesellschaftsvertrag, dessen Forderung unumschränkter Volkssouveränität in der französischen Revolution eine so große Rolle spielte, ihren politisch radikalsten Ausdruck gefunden. Nicht in dieser seiner radikalen Konsequenz, wohl aber in den sonst aus den naturrechtlichen Betrachtungen gezogenen Folgerungen, dem Verlangen nach einem Schutz der individuellen Freiheit der Bürger und einem parlamentarischen Kontroll- und Mitbestimmungsrecht wenigstens der herrschenden Klassen in der Gesetzgebung, kam die naturrechtliche Denkart den Tendenzen der aufstrebenden Bourgeoisie entgegen, lieferte sie Waffen wider den Absolutismus und Feudalismus.

Das Prinzip als solches aber schloß Richtungslinien und Triebkräfte ein, die wie im Politischen so im Sozialen weit über die Schranken und Existenzbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft hinausdrängten. Sollte das Recht der staatlichen Rechtsordnung leßlichin darauf gegründet sein, daß der Staat in seiner Gesetzgebung und Verwaltung die Idee eines Gesellschafts- oder Staatsvertrages verwirklicht, also als Organ der gemeinsamen Interessen seiner Bürger fungiert, die seine Satzungen aus diesem Grunde als die Verkörperung ihres eigenen Gesamtwillens zu respektieren haben, so ist die Folgerung unabweisbar, daß alle gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, durch die die Lebensinteressen ganzer Klassen von Gesellschaftsgliedern zugunsten anderer vertritt und hingeworfen werden, dem Wesen eines Rechtsstaates vom Grund aus widersprechen. Hatte Rousseau aus solchen Voraussetzungen die Forderung der Volkssouveränität hergeleitet, die freilich, meinte er, nur in kleinen, wesentlich bäuerlichen Gemeinwesen, ohne starke Klassenunterschiede verwirklicht werden könnte, so war von hier aus nur noch ein Schritt zu Folgerungen, die sich im Namen eben dieses Selbstbestimmungsrechtes der Gesellschaft gegen eine, die Masse der Gesellschaftsglieder der ökonomischen Ausbeutung überliefernde Eigentumsordnung wandten. Auch diese ist Resultat blind wirkender historischer Verhältnisse, ein Erzeugnis des Zufalls und der Willkür, nicht der vernünftigen menschlichen Natur. Und wie Rousseau seinen politischen Betrachtungen den Satz vorausschickte, er nehme die Menschen, wie sie sind, und die Gesetze, wie sie sein können (im Hinblick auf die vernünftige Bestimmung des menschlichen Geschlechts sein können), so ließ sich eben diese Art Kritik auch gegen die bestehende ökonomische Ordnung kehren. Was ist, muß darum nicht notwendig sein, oder muß jedenfalls nicht notwendig so, wie es wurde, bleiben.

Als höchste Aufgabe, die einer sozialen Philosophie gestellt ist, erscheint es dann zu zeigen: wie durch Umänderung der ökonomischen Organisation eine Regelung der gesellschaftlichen Güterproduktion und Verteilung geschaffen werden kann, die der Bestimmung der menschlichen Natur zum Blick und zur Vollkommenheit und so dem Interesse aller Gesellschaftsglieder am besten entspricht. Das ist die in der naturrechtlichen Denkart vorgezeichnete Form, in der die sozialistischen und kommunistischen Gedanken des utopischen Sozialismus, wie Marx ihn nennt, im 18. und dann vor allem in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sich

entfalteten. Schlagend zeigt sich der Zusammenhang gleich in der Schrift des Abbe Morelli, die 1758, noch einige Jahre vor dem Rousseauschen Gesellschaftsvertrag erschien. Die Habicht, die von privatem Eigentum untrennbar sei, habe namenloses Elend über die Menschen gebracht. Es gelte daher, jagt Morelli, die Wurzel dieses Übels zu beseitigen durch die Ordnung, nach welcher kleine, sich selbst verwaltende Gemeinden, im Besitz von Grund und Boden, die Arbeit und den Konsum ohne Kauf und Verkauf, ohne Zins und Gewinn für alle regulieren. Der Sozialist tritt als Erfinder und Verkünder eines gesellschaftlichen Organisationsplans auf, der allen Gesellschaftsgliedern gerechten Anteil an den erzeugten Gütern garantiert und Sand in Hand damit die produktive Kraft der Arbeit mächtig steigern soll.

Dazu gesellte sich bei den späteren Utopisten der Hinweis auf die neuen, furchtbaren Leiden, die der aufstrebende, noch durch keine gemeinschaftliche Gegenwehr und Schutzbestimmungen gebänderte Kapitalismus und seine Handelskrisen über das Proletariat verhängen. Der Gegensatz zur bestehenden Eigentumsordnung der allem Sozialismus eigentümlich, spitz sich zum Gegensatz gegen die igeptisch kapitalistische Eigentumsordnung zu. Doch ohne damit schon wirklich eine lebendige Beziehung zur Bewegung und den Klassenkämpfen zu gewinnen, die sich mit Notwendigkeit aus ihr erzeugen. So schweben die Entwürfe dieser Weltverbesserer in der Luft, stehen dem wirklich Gegebenen und den Tendenzen, die es einschließt, fremd gegenüber; sie entfernen sich davon so weit wie etwa Rousseaus Idealbild kleinbäuerlicher, in Volksversammlungen direkt über die Gesetze abstimmer Demokratie von den Bedingungen, an die eine demokratische Verfassung im modernen industriellen Großstaat gebunden ist.

Zu einer Macht in der Geschichte konnte der sozialistische Gedanke erst werden, wenn er die luftigen, abstrakten Höhen naturrechtlicher Konstruktion verlassend die Art der wirklichen gesellschaftlichen Entwicklung in Verbindung trat, die neben jener naturrechtlichen Denkart, im allerallgemeinsten ersten Umriß mentalitäts, gleichfalls in jener Philosophie der Aufklärung schon auftaucht. Ihn so zu formen, war die Tat von Marx.

Moskau, die anderen und wir.

II.

Die Annahme der Resolution ist ein Pronunziament gegen die Gewerkschaften. Das ist die offene Kampfanlage gegen die geschlossene Einheitsfront der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Daß gerade die Betriebsrätezentrale zuerst den Kampf aufnimmt und zum Sturm bläst, überwiegt durchaus nicht. Zweifel hat man den Arbeitern von der Seite verschoben, so daß man nicht mehr zurück kann. Die Arbeiter sind aber der fortgesetzten leeren Versprechungen müde, sie beginnen allmählich einzusehen, daß man ihnen auch hier Sterne statt Brot gibt. Und so verlangt man endlich Taten. Würde die Betriebsrätezentrale in dieser Situation den Beschlüssen des Reichskonferenzen der Betriebsräte zustimmen, dann wäre das die völlige Bankrotterklärung ihrer bisherigen Politik. Sie hätte dann aber auch ihre Rolle ausgespielt. Darum handelt es sich bei ihrer Kampfanlage zugleich um einen Kampf um die eigene Existenz, Ehrpreis und Eigentum, vereint mit Größenwahn, sind die Haupttriebfedern ihres Handelns. Außerdem sind die Vertreter der Rätezentrale als Neukommunisten Moskau verpflichtet. Und so beginnen sie ihre Arbeit sofort nach dem Rezept Lenins. Etwas dumm, tollpatschig und ungeschickt zwar, aber sie zeigen doch den guten Willen. Darum wird man ihnen in Moskau etwaige Fehler auch gern nachsehen; weiß man dort doch genau wie hierzulande, daß besondere Geistesgrößen unter den Sekretären der „geeinigten“ Betriebsrätezentrale nicht zu finden sind. Durch eigenes Wissen fühlten die Herren in der Müngelstraße sich noch nie beschwert, auch haben sie noch nie eine eigene Meinung vertreten. Vielmehr ist genügend bekannt, daß sie, genau wie andere Neukommunisten auch, ihre politische Meinung für und fertig direkt aus — Moskau beziehen. Ihr Wollen und Handeln wird ihnen von den russischen Gewerkschaften vorgegeben. Sie sind „Führer“, die von den Moskauer Diktatoren geführt werden. Und so beruht es sich am Nabe, daß sie befreit sind, alle Anfänger der moskowitzischen Deismache auf das eigene tiefe Geistesniveau herabzudrücken. Sie wollen alle Mitglieder zu gedankenlosen Moskau-Läufigen erziehen, auf die die Beschreibung zutrifft, die Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ von den Moskajlern gibt. Es heißt da: „... In Moskau wandern die Pilger beim großen Wallfahrtsfest siebenmal um die Raab, und sie küssen siebenmal den schwarzen Stein. Sie küssen ihn siebenmal, obgleich keiner von ihnen irgend etwas über seinen Ursprung oder seine Bedeutung weiß.“ So, wie es den Moskajlern geht, so geht es den Moskau-Läufigen. Sie wissen nicht, warum sie in Moskau beten, sie wissen überhaupt nicht, was sie tun. Sie haben nur das unklare Gefühl, daß Moskau ihnen vielleicht doch helfen könnte. Sie hoffen von Moskau eine Besserung ihrer Lage, sie erwarten von Moskau die Befreiung von Not und Elend. Und darum ist Moskau die letzte Hoffnung der verzweifelten Arbeitermassen. Moskau ist nun einmal die große Moderkraft unserer Zeit, Moskau ist modern geworden, und so werden wir damit rechnen müssen, daß leider sehr viele dieser teils asiatischen, teils halbasiatischen Moskau-Läufigen...

Und wir? Wir lehnen neben Moskau auch die anderen mit samt ihrem Admirabilismus ab. Wir werden ihnen auf dieser Bahn des Verderbens nicht folgen. Die Arbeiter werden zu ihrem Schaden sehr bald einsehen, daß das Licht der Verheißung, das ihnen von Moskau her leuchtet, ein Fackellicht ist, durch das sie in den Sumpf geführt werden, aus dem es kein Entkommen gibt. Befolgen sie die Befehle Moskaus, so werden die Reaktionen frohlocken. Die Reaktion ist gerührt, sie steht bereit, und mit ihr die Reichswehr, die Einwohnervorwehren, die Freiwilligenkorps, die Zeitfreiwilligen, der Frontbund, die Orgeß, die Selbstschutzorganisationen und nicht zuletzt die — Technische Rüstkräfte. Alle „aufgeblähten“ und nichtangewiesenen, alle legalen und „allogenen“ Formationen des in alter Herrlichkeit und Schneidigkeit wieder erhabenen neubourgeois Militarismus warten auf die Stunde, in der sie mit der Arbeiterschaft blutige Abrechnung halten können. Was wollen die waffenlosen Arbeiter gegen die bis an die Zähne bewaffneten Reigen des kaiserlichen Deutschlands unternehmen? Ein Ruck von links würde die bewaffnete Abwehr von rechts zur Folge haben und aller Voraussicht nach die Niederlage des gesamten Proletariats bedeuten. Ungefähr des Elend würde über die Arbeiter hereinbrechen, wenn die Vorkriegsrevolutionäre der Müngelstraße zur Tat schritten. In allen Variationen erklären sie: Wir haben keine Zeit zu verlieren und können nicht warten, bis wir durch die Demokratie zur Macht gelangen. Darum braucht das Proletariat Aktionen, um die Arbeiterschaft aus ihrer elenden Lage zu befreien. Demgegenüber muß immer wieder erklärt werden: Auch wir lehnen die formale Demokratie, weil bürgerlich-kapitalistisch, grundsätzlich ab. Wir erstreben die sozialistische Demokratie, um durch sie zum Sozialismus zu gelangen. Dieses Ziel ist nur durch die Diktatur zu erreichen. Auch wir sind Anhänger des Rätegedankens, aber wir suchen die Räteidee zu verwirklichen auf dem Boden der Demokratie. Wenn heute große Massen der Arbeiter wie hypnotisiert auf Moskau blicken und alles Heil aus dem Osten

erwarten, so muß doch daran erinnert werden, daß es zurzeit in Russland gar keine Räte gibt; weder politische noch wirtschaftliche Räte sind dort vorhanden. In Russland herrscht allein der Terror einer Handvoll Kommunisten. Weiter sei daran erinnert, daß das ungeheure Vorwärtsdrängen einiger Revolutionsromantiker und die schwärzeste Reaktion beider hat, die wir gegenwärtig haben; daß man nun sehr viel mehr Geduld und Zeit haben muß als früher und durch die wirkungslos verpufften Aktionen vom Endziel weiter entfernt ist denn jemals vorher. Daß dem so ist, liegt daran, daß die Massen erst nach und nach radikalisiert worden sind. Die zunehmende Not, bedingt durch die Wirtschaftskrisis, hat vor allem die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter dem Kommunismus in die Arme getrieben. Der Ausbruch des Krieges bewies, daß nicht nur die Mitglieder der S.P.D., sondern noch vielmehr die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter weit davon entfernt waren, revolutionär zu sein. Sie waren im großen ganzen reformistisch-revisionistisch und träumten von einem friedlichen Hineinwachsen der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische. Anders war in der ersten Zeit des Krieges diese alles mitforttreibende, alles überflutende Kriegsbegeisterung nicht zu verstehen. Und was ist während des Krieges von Berufenen und Unberufenen nicht alles als Sozialismus angepriesen worden! In jeder Kriegsmaschine erblickte man sozialistisches Werden. Trotzdem oder gerade deswegen blieb alles beim alten. Nach der Revolution lehnte das Gros der Arbeiter die Diktatur sowohl wie das Rätesystem ab. Neun Zehntel der deutschen Arbeiter bekannten sich zur Reaktionspolitik. Es ist die große Enttäuschung der beiden letzten Jahre brachten die Wandlung in der politischen Auffassung der Arbeiter kein Wunder, wenn unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Zuständen der Arbeiterschaft sich völlige Hoffnungslosigkeit bemächtigt hat. Sind es doch immer nur die Arbeiter, die ständig leiden und Opfer bringen. In ihrer Verzweiflung pendeln sie nicht nur haltlos hin und her zwischen den Extremen, sie fallen vielmehr von einem Extrem ins andere. Die alten und neuen Kommunisten, gewissenlos wie sie sind, machen sich diese Stimmungen der Massen zunutze und pfeifen die Leidenschaften und niedrigen Instinkte der durch die harte Schule des Lebens gegangenen Arbeiter auf. Bei dem großen moralischen Defizit, das uns der Krieg in allen Schichten der Bevölkerung hinterlassen hat, sind sie eines zeitweiligen Erfolges sicher. In diesem Entwicklungsgang der Arbeiter vom Reformismus zum Kommunismus der terroristischen Moskauer Richtung muß erinnert werden, wenn man das weltgeschichtliche Geschehen unserer Zeit richtig verstehen will. Die Arbeiter haben sich ihr jetziges Los selbst geschaffen; diese zwar unangenehme, aber wahre Tatsache muß man ihnen laut und vernehmlich in die Ohren schreien, wenn sie jetzt für alles Unheil alle die verantwortlich machen, die nicht mit ihnen auf Moskau schwören.

Es würde in der deutschen Arbeiterbewegung trostlos aussehen, wenn es den Revolutionsromantikern der Müngelstraße gelänge, die geschlossene Einheitsfront der Gewerkschaften zu zerstören. Die Gewerkschaftsbewegung war bisher der ruhende Pol in der Erscheinung der Arbeiterbewegung; sie blieb unberührt von all den Stürmen, die die politische Bewegung durchstobten. Das soll nun nach dem Gebot Moskaus und dem Willen der alten und neuen Kommunisten anders werden. In letzter Zeit haben die Männer der Müngelstraße in rascher Folge ihre Gewerkschaftseinsichtlichkeit zu erkennen gegeben. In ihrem Haß gegen die Gewerkschaften werden sie sich nicht nur mit der Annahme von Resolutionen begnügen, sie werden sehr bald ihren Worten auch die Tat folgen lassen. Darum müssen die Gewerkschaften sich zum Kampfe bereit halten gegen ihre haßerfüllten Widersacher in der „geeinigten“ Betriebsrätezentrale. . . .

Trotz der brodenen Wetterwolken am wirtschaftlichen Horizont, die Sturm und Unheil künden, sehen wir der Zukunft doch hoffnungsvoll entgegen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Gewerkschaften die ihnen bevorstehenden Kämpfe mit den Admimoskowitzern siegreich bestehen werden. Diese Gewißheit gibt uns die Ausgang des Reichskonferenzen der freigewerkschaftlichen Betriebsräte. Mit erdrückender Mehrheit hat der Kongreß den Willen bekundet, allen Quartreibeitern zum Trotz die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung aufrechtzuerhalten. In diesem festen, unbegleiteten Willen wird die „geeignete“ Betriebsrätezentrale mit ihren Mäusen scheitern. Der endgültige Verkauf des Betriebsrätekongresses hat gezeigt, daß die meisten Abstimmungen der ersten Verhandlungstage rein gefühlsmäßige waren. Man dem Herzen waren die Delegierten bei den Russen, bei den Arbeitstagen; mit dem Verstand aber sind sie ausnahmslos bei ihren selbstgeschaffenen gewerkschaftlichen Organisationen. Dabei wollen wir jedoch nicht verhehlen, daß die Stimmung der Mehrheit der Delegierten gegen die „altbewährten“ Gewerkschaftsführer ist, aus deren Mitte ein Reichskongreß Bauer hervorgehen konnte, der die Niederbekehrung der am 13. Januar vor dem Reichstag gegen das vollständig verfallhornte, völlig ungenügende Betriebsrätegesetz friedlich und waffenlos demonstrierenden Arbeiter Berlins verberücklicht und das hohe Lied der mordlustigen Sicherheitswehr sang. Das Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsbureaufraße, die sich um Begien schart, kam auf der Tagung der Betriebsräte wiederholt temperamontvoll zum Ausdruck. Es wäre deshalb töricht, dieses nicht nur vorhandene, sondern auch tiefeingemurzelte und leider nur allzu berechtigte Mißtrauen abzulegen zu wollen. Ja, es muß sogar gesagt werden, daß dieses Mißtrauen sich heute auf alle Kreise der Gewerkschaftsangehörigen ausgebreitet hat. Das ist die Folge einer Kriegs- und Revolutionspolitik, für die die alte Gewerkschaftsbureaufraße verantwortlich zeichnete, die den Arbeitern gleichfalls nur Steine gab statt Brot. Darum dürfen die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses nicht mit Verstand werden; sie dürfen uns nicht in falsche Sicherheit wiegen. Nach unserer Auffassung bedeuten die Beschlüsse: daß die Delegierten fast einmütig auf dem Boden der Gewerkschaften stehen; daß sie die Lösung der Betriebsräte von ihnen gewerkschaftlichen Organisationen ablehnen; daß sie die Bildung kommunistischer Zellen aus den Reihen der Betriebsräte zurückweisen; daß sie es für richtig und zweckentsprechend halten, wenn die Betriebsräte im Rahmen der Gewerkschaftsverbände organisatorisch zusammengefaßt werden. Die Delegierten wissen wohl, daß die Betriebsräte nur auf diese Weise die ihnen übertragenen Aufgaben lösen können. Darüber hinaus aber haben die Betriebsräte den unbegleiteten Willen bekundet, den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften nicht anmaßen zu lassen, daß sie mit allem Nachdruck den Ausbau und die Umstellung der Berufsverbände zu leistungsfähigen Industrieorganisationen erstreben und fordern. Moskauer Methoden beharrt es jedoch zur Durchziehung dieser Forderungen, zur Erreichung dieses Zieles nicht. Die Betriebsräte haben aber auch keinen Zweifel gelassen, daß sie die kompromittierten Führer ablehnen, die während des Krieges und nach der Revolution so jämmerlich versagten und die in dieser so schicksalshweren Zeit jede Solidarität und jedes Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Arbeitern vermissen ließen. Das alles mögen sich vor allem jene Kreise gesagt sein lassen und die entsprechende Lehre daraus ziehen, gegen die sich die oftmals recht lebhaften Proteste der Kongreßteilnehmer richteten. . . .

Nachdem die alten und die neuen Kommunisten, inspiriert von Moskau, nachdem die „geeignete“ Betriebsrätezentrale den Gewerkschaften Kampf und Urfeße angeigt haben, ist es unmöglich, dem Kampfe noch länger auszuweichen. Die Mitglieder, die Angehörigen, die Betriebsräte und Funktionäre müssen vor die Entscheidung gestellt werden: Sie Gewerkschaften, die Moskau! Die Parole muß lauten: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns, ein Drittes gibt es nicht. Um den Bestand, um das bedrohte Leben der Gewerkschaften zu sichern, kann es notwendig werden, beizeiten den reinen Kampf zu wagen. Die Unmöglichkeit und Gefährlichkeit der politischen Arbeiterbewegung schwächt das Proletariat ohnehin schon mehr als gut ist, und verurteilt es zur Ohnmacht. Darum muß allen, denen es mit der Verteilung der Arbeiterinteressen Ernst ist, der Willensausdruck des Betriebsrätekongresses heftiges Verwundernis sein. Den Schädlingen aber die das Fundament des stolzen Baues der Gewerkschaftsorganisationen untergraben, die an das

Moskauer Evangelium des Terrors glauben und die dieses „Mittel der Befreiung“ der Arbeiterschaft aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtschaft in erster Linie anwenden wollen gegen die eigenen Klassenangehörigen, muß das Handtuch gelegt werden.

Das Ziel unserer Bewegung ist abgesteckt, die Grenzen sind gezogen. Wir erblicken unsere Hauptaufgabe in der Revolutionisierung des Verbandes, in der Erfüllung der Mitglieder mit revolutionär-sozialistischem Geist. Das Betriebsrätegesetz, dessen Verbesserung wir förmlich verlangen, ist unser Kampfboden. Aufklärung, Bildung und Schulung der Betriebsräte, damit sie die wichtigsten Vorgänge unseres Wirtschaftslebens begreifen und verstehen lernen, ist uns selbstverständliche Pflicht. Wir fordern die Kontrolle der Produktion und sind gewillt, alle Vorbedingungen zu schaffen, auf daß die Arbeiterschaft am Tage der kommenden, der neuen Revolution neben der politischen auch die wirtschaftliche Macht übernehmen kann. Wir kämpfen heute schon mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für die Ueberführung der Privatwirtschaft in die sozialistische. In erster Linie aber verlangen wir ausreichende Unterstützung für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter, wir verlangen energische Maßnahmen gegen die Stilllegung der Betriebe und die Erhaltung der Produktion. Das ist unser Programm als revolutionäre Sozialisten und als Gewerkschaftler. Der Sozialismus, nicht der Moskauer Kommunismus, ist das Zeichen, unter dem wir kämpfen, unter dem wir siegen werden.

Fr. Sch.

Die Lage Rußlands.

Wir haben schon wiederholt gezeigt, daß es in Rußland nicht gut geht. Es dürften unseren Lesern aber auch die Ursachen daran interessieren. Deshalb wollen wir auch nachsichernd, uns aus Kollegenkreisen zugegangenem Aufsatz in unserem Blatt Raum gewähren:

Als den Völkern der Vertrag des Bältebundes befohlen wurde, demzufolge der Bältebund erklärt, daß die Kriege eingestellt seien und ewiger Frieden herbeiführen, begannen die Gründer des Bältebundes, alle verfügbaren Kräfte zum Kampf gegen das schwache, demütigte, zerrüttete Rußland zu organisieren.

Wie war es nun möglich, daß das rückständige, wirtschaftlich geschwächte Sowjetrußland sich drei Jahre lang behaupten konnte, ja sogar als Sieger aus dem Kampfe gegen sich hervorging?

Mit dem Gebete der Entente war es gelungen, 14 Staaten auf die Beine zu bringen und sie in ihren Dienst zu stellen. Millionen und aber Millionen in englischen Anleihen wanderten in die Randstaaten. Unter Führung von Kollitch, Deneffin, Zudenitsch und Wrangel wurde der Feldzug gegen Sowjetrußland eingeleitet. Von Südwesten, Nordwesten, von der Nordküste und vom Osten her ergriffte man die Offensive. Gewaltige Heeresmassen, mit dem modernsten Kriegsmaterial ausgerüstet, marschierten auf, um die proletarische Herrschaft zu brechen und die Sowjetrepublik endgültig zu zerschlagen.

Was aber erlebten wir? Diese ganze von England und Frankreich eingeleitete Politik erlitt elenden Schiffbruch. Schiffbruch deshalb, weil innerhalb der Ententeländer Gegensätze bestehen, die eine einheitliche bemessene Aktion gegen Rußland auf die Dauer unmöglich machen. Diese Gegensätze gipfeln in den voneinander verschiedenen Interessen der Imperialisten Englands, Frankreichs und Amerikas. England will Rußland aufteilen. England versucht das Naphthaericht in Rußland zu gewinnen. Frankreich im Gegenzug zu England, will, daß Rußland seine Schulden bezahle, und daß es Deutschland als drohende Macht gegenüberstehe. Eine Aufrüstung Rußlands heißt damit in striktem Widerspruch zu dem Programm des französischen Imperialismus, dessen Plan auf eine Wiederaufrüstung eines kapitalistischen Rußlands mit politischen Beziehungen hinausläuft. Wiederholt wurden auf Betreiben Frankreichs zu diesem Zwecke provisorische Regierungen eingesetzt. Heute mehr denn je sucht Frankreich sich Stützpunkte in Polen und im Baltischen durch das Wrangel-Unternehmen zu schaffen. (Zwischen ist Wrangel von dem Sowjetheere geschlagen worden. D. Red.)

Weiter treten die Gegensätze zwischen Frankreich und Amerika um die Aufteilung der Türkei, Persiens, Mesopotamiens, Chinas immer schärfer hervor. Der Kampf wird vorläufig noch in der bürgerlichen Presse dieser beiden Länder geführt. Positive Erfolge hat weder Frankreich noch England in bezug auf seine politische Stellung gegen Rußland zu verzeichnen. Durch den Nigauer Frieden erzwungen, liefert Frankreich weitere Einfälle durch Lieferung von Waffen und Munition an die Wrangel-Armee.

Nach England sieht man daran nicht unbeeinträchtigt zu sein. Zur letzten Annahme gelangt man durch die Demonstrationen der englischen Flotte im Schwarzen Meer. Sowjetrußland, gegenwärtig in einer schwierigen Situation, macht die verzweifeltsten Anstrengungen, sich zu halten. Eine fürchterliche Dürre, welche nach Ballod alle 10 bis 40 Jahre in Erscheinung tritt, die sogenannte Brüdnerische Minaperiode, ist über die fruchtbare schwarze russische Erde dahingegangen, und die Ernte blieb hinter allen Erwartungen zurück. Dazu kommen die Transportschwierigkeiten, die sich im Laufe dieses Jahres etwas gemildert haben, wozu nicht zuletzt die kommunistischen Samstage und Sonntage mit ihrer freiwilligen Arbeit für die Allgemeinheit beigetragen haben.

Bereits vor nicht, daß Rußland seit mehr als sechs Jahren in Kriegszustand lebt und von allen kapitalistischen Staaten boykottiert ist. Trotzdem war es möglich, den völlig zusammengebrochenen Eisenbahnverkehr auf 20 Proz. der Vorkriegszeit zu bringen. Bedenken wir dabei, daß in Deutschland bereits 1916 auf 1917 der Eisenbahnverkehr bedeutend unter normal gefunden war, wobei die Verschönerung von Eisen und Stahl — monatlich bis 250 000 Tonnen — nach dem Auslande an unsere damaligen Feinde eine der Hauptursachen war.

Die Ernährungslage ist zurzeit die brennendste, der die Sowjetregierung gegenübersteht. Diese hat bereits begonnen, jener Krise mit den energigsten Maßnahmen entgegenzutreten. Die Ukraine als Hauptquartier der russischen Landwirtschaft wechselte mehr als zehnmal die Regierung und ist demzufolge vollständig ausgepumpt. In der Stadt Zekalarinow, die Zentrale des ukrainischen Getreidehandels, hatte nacheinander nicht weniger als 17 Regierungen.

Als Deneffin, infolge Vordringens der Sowjettruppen, die Ukraine preisgeben mußte, gewißigte er auf dem Rückzuge 217 Brücken und schleppte über 60 Millionen Rub Getreide weg. Bis heute ist es zwar gelungen, 187 wiederherzustellen, doch bedarf es auch dort einiger Zeit der Ruhe, um die Landwirtschaft wieder höher zu bringen. Trotzdem war es möglich, aus der Ukraine 24 Millionen Rub Getreide gegen 7 Millionen Rub in den letzten zwei Jahren nach den Industriestädten Rußlands auszuführen.

Die russischen Bauern, vom Eigentumsfanatismus befeuert, sind schwer zu bewegen, der Sowjetregierung die notwendigen Produkte zu liefern, und nur gegen Bezahlung mit Waren ist dies zu erreichen möglich. Die Bauern wissen andererseits aber ganz genau, was sie von den reaktionären Gegnern Sowjetrußlands zu erwarten haben. Die Erfolglosigkeit Wrangels hat ihre Hauptursache in den Repressalien gegen die Bauern der von ihm besetzten Gebiete. Er verlangt von den Bauern die ständige Ablieferung des Fünftels der Ernte als Steuer. Dagegen erhoben sich die Massen im Rücken der reaktionären Heere und entwarferten die Requisitionstruppen. Ähnlich geht es mit der Brennstoffversorgung. Das Donetz-Koblerbecken hatte der deutsche Militarismus einmal ausgeleert und eine Anzahl Schächte zerstört. Das Gebiet wurde dann von der Ukraine besetzt, dann von Deneffin, dann von Sowjetrußland. Infolgedessen ist der Ertrag zurückgegangen, wobei noch hinzukommt, daß die Arbeiterzahl sich um mehr als die Hälfte verringerte. Heute beträgt die Förderung etwas mehr als ein Sechstel der Vorkriegszeit. Die Eroberung des Naphthaerichtes von Bakurug wesentlich zur Behebung der Brennstoffkrise und Wiederbelebung des Transportwesens bei.

Von den ungeheuren Mengen gewonnenen Petroleums kann infolge der anderweitigen Inanspruchnahme der Eisenbahn nur ein beschränkter Teil ins Innere befördert und ausgenutzt werden. Die Metallindustrie ist bis zu 40 Proz. wieder im Gange. Schlechter steht es mit der Textilindustrie, in der über eine halbe Million Spindeln laufen, was in Deutschland in einer einzigen Spinnerserie der Fall ist. Wenn man die Industrie Polens, die nicht mehr als 20 Proz. des Friedensstandes erreicht hat, gegenüberstellt und in Deutschland hoch gerechnet nur 50 bis 60 Proz. der Industrie beschäftigt ist, dann erscheint die Lage Rußlands weniger hofflos. Das eine steht fest: wenn Rußland in der Lage sein wird, friedlich zu arbeiten, ohne alle die Hemmungen, die heute in Frage kommen, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die rationelle Sozialisierung lebhaft vorwärts schreitet.

Diese in großen Zügen geschilderte Situation ist sehr ungünstig, es muß aber festgestellt werden, daß seit Jahresfrist eine wesentliche Besserung zu verzeichnen ist. Den Gedanken Sowjetrußland als erledigt anzusehen, sollte man in weite Fernen weisen. Keinesfalls sollte man aber die Verhältnisse in Sowjetrußland schlechter schildern als sie sind und stets in Formen, welche Sympathie mit dem opernautischen russischen Proletariat erkennen lassen. (Wir wissen uns frei von Verfehlungen der gekennzeichneten Art. D. Red.)

Mary sagt im „Kapital“: „Gigantisch sind die Aufgaben des Proletariats, sind auch die Irrtümer des Proletariats.“ Vorkämpfer wir uns, weniger die Fehler des russischen Proletariats auszusprechen, als unsere eigenen Fehler seit dem 9. Nov. aus einer Kritik zu unterziehen und alles zu vermeiden, was einer Wiederholung der russischen Fehler gleichkäme. Mit großer Spannung verfolgen unsere russischen Brüder jede Bewegung des westeuropäischen Proletariats. Sie erwarten von ihm die Weltrevolution. Diese wird früher oder später auch kommen, doch wird sie sich wohl nicht im bolschewistischen, sondern in sozialistischem Sinne vollziehen, womit sich aber die russischen Genossen abfinden könnten und gewiß auch abfinden würden, soweit sie nicht gerade in dem Bolschewismus, sondern im Sozialismus überhaupt das Heil der schaffenden Menschheit erblicken.

Geier des Schlachtfeldes.

Wie Ghänen, gibt es auch Geier des Schlachtfeldes. Gleich nach Ausbruch des Streiks der Textilarbeiter Nordbayerns fachte eine in Weidenburg abgehaltene Bezirkskonferenz des christlichen Textilarbeiterverbandes eine Entschliekung, in der es hieß:

„... Diese wilden Streiks, wo die Arbeiter einzelner Betriebe die Arbeit niedergelegt haben, während in den übrigen Betrieben, welche teils den betreffenden Firmen angehören, weitergearbeitet wird, verletzen gegen altbewährte gewerkschaftliche Grundsätze und müssen zu schweren Niederlagen der Arbeiter führen, wenn nicht baldigst ein geschlossenes Zusammengehen und Handeln aller unter einheitlicher und starrer Leitung erfolgt. Ein allgemeiner Streik kann nur gebilligt werden, wenn nach Anwendung aller Mittel zur friedlicher Schlichtung von Differenzen die berechtigten Forderungen der Arbeiter unerfüllt bleiben und der nicht zu vermeidende Streik von der Verbandsleitung gut vorbereitet und einheitlich durchgeführt wird. Unsere Bezirkseitung für Bayern wird beauftragt, alle Schritte zu unternehmen zur Durchföhrung der berechtigten Arbeiterforderungen in Nordbayern. Insbesondere soll dieselbe bei den maßgebenden Stellen beantragen, für ganz Bayern eine einheitliche Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie zu bilden, um in Zukunft einen Tarifvertrag mit einheitlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschließen. Bis zur Erledigung dieses Antrags wird entsprechend den Satzungen der Zentralarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie die Aufnahme unseres Verbandes in die Leitung der Bezirksgruppe Nordbayern der Arbeitsgemeinschaft, wie die Zugehörung zu allen Tarif- und Lohnverhandlungen verlangt. Die Mitglieder unseres Verbandes werden aufgefordert, nur auf Anweisung der Bezirksleitung an Ausstands-bewegungen teilzunehmen.“

Unserem Verbands soll damit offenbar gesagt werden, daß seine hier angewandte Streiktaktik eine fehlerhafte gewesen sei, daß der christliche Verband mit seiner uns in den Rücken fallenden „Taktik“ den Stein der Weisen gefunden habe, daß er bei den Textilarbeitern vor dem unseren den Vorzug verdiene. Gegenwärtig wird auch in Nordbayern ein Flugblatt verbreitet, durch welches eine Zersplitterung der Textilarbeiterschaft herbeigeföhrt werden soll, die dort mit Ausnahme von drei Dutzend dem christlichen Verbande Angehörigen bei uns organisiert ist oder doch wenigstens zu uns hält.

Die Geier sind, wie Entschliekung und Flugblatt zeigen, von Dutzend so besessen, daß sie in ihrem Dange, Beute zu machen, gar nicht bemerken, daß die, bei denen sie Beute zu machen suchen, sich, wenn auch verwundet, beizeiten vom Schlachtfelde fort-schieben, weil sie die Geier so an Klugheit übertreffen, wie die Geier sie an Dummheit. Gäßen die Geier die Kritik gehört, die an der erwähnten Entschliekung selbst von Mitgliedern des christlichen Verbandes in Nordbayern geübt wurde, so wären ihnen vielleicht Seitenfieder aufgegangen und würden sie vielleicht begreifen, daß gerade die von uns eingeschlagene Taktik wesentlich zu dem Erfolge für die Arbeiter geführt hat, was nicht nur diese, sondern auch noch andere Leute in Bayern anerkennen.

Maßnahmen Italiens gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit.

In Italien kam schon im August 1914 eine tiefgreifende Krise der Arbeitslosigkeit. Mehr als die Hälfte der ausgewanderten ländlichen Arbeiter kamen wieder ins Land zurück. Eine im September 1914 vorgenommene Zählung ergab, daß mehr als 130 000 jener zurückgewanderten ländlichen Arbeiter und mehr als 125 000 der wieder eingewanderten industriellen Arbeiter keine Beschäftigung finden konnten. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen belief sich zu dieser Zeit auf 280 000. Das Hauptmittel, welches man ins Werk zu setzen suchte, um der Arbeitslosigkeit zu parieren, war das in Italien traditionell geübte Mittel, d. h. die Ausdehnung der öffentlichen Arbeiten. Doch mit dem Eintritt Italiens in den Krieg war die Arbeitslosigkeit beendet, und bis zum Waffenstillstand benötigte die Lage des Arbeitsmarktes keine Maßnahmen großen Stils gegen die Arbeitslosigkeit. Nach dem Waffenstillstand wurden besondere Maßnahmen getroffen zwecks Regelung der Entlassungen bzw. Einschränkung oder wenigstens Milderung derselben (nach Art der deutschen Demobilisierungsmaßnahmen).

Aus den Kriegsmaßnahmen und Nachkriegsmaßnahmen hat sich eine obligatorische Arbeitsvermittlung und eine solche Arbeitslosenversicherung entwickelt; die erstere beruht auf dem Grundsatz, Arbeitslosigkeit möglichst zu verhindern durch Ermächtigung öffentlicher Arbeiten in Angriff zu nehmen, die letztere auf möglichst ausgedehntem Versicherungsgrunde, von dem nur befreit sind: alle unter 15 und über 65 Jahre alten Personen, alle Heim- und Hauswirtschaftsarbeiter, alle ständig im Dienst des Staates, der Provinz, der Gemeinde und andern öffentlichen Institutionen Beschäftigten, das ständige Personal der Eisenbahnen und der ihnen angegliederten Straßenbahnen, alle ohne Entschädigung Arbeitenden. Die Beiträge werden zur Hälfte vom Unternehmer und vom Versicherten aufgebracht und richten sich nach dem Einkommen. Die Unter-sühungen richten sich nach den Beiträgen; sie betragen pro Tag 1.25, 2.50 und 3.75 Lire. Sie werden vom achten Tage der Arbeitslosigkeit an und für höchstens 120 Tage im Jahre gezahlt.

Rus den Gewerkschaften.

Der dritte internationale Kongreß der Fabrikarbeiter

tagte vom 25. bis 27. Oktober in Amsterdam. Aus zehn Ländern waren 29 Delegierte erschienen, die 2417 300 Mitglieder vertraten: Niederlande, Belgien, Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei (deutscher und tschechischer Verband), England, Dänemark, Norwegen, Schweden. Aus Frankreich war keine Delegation erschienen. Die Vertreter der Organisation für chemische Arbeiter Rußlands waren unterwegs, konnten aber wegen Passchwierigkeiten den Beratungen nicht beiwohnen. Das internationale Arbeitsamt hatte Herrn Kilde zur Teilnahme am Kongreß entsandt. Dudgeest und Himmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund waren zur Begrüßung erschienen.

Der bisherige Sekretär Drey (Deutschland) erklärte in seinem mündlichen Bericht, die Fabrikarbeiterinternationale müsse ihr Tätigkeitsgebiet erweitern. Neben dem Austausch wichtiger Informationen habe sie ihre Aufmerksamkeit dem Arbeiterkampf zu widmen. In allen Ländern sind gute organisatorische Erfolge erzielt worden. Das Sekretariat braucht aber bessere Berichterstattung der einzelnen Landesorganisationen, somit ist es nicht möglich, die Kraft der internationalen Vereinigung richtig zu schätzen.

Der Kongreß beschäftigte sich mit der Regelung des Uebertritts von Mitgliedern aus einer der internationalen angegliederten Landesorganisation in eine andere. Eine endgültige Einigung war nicht möglich mit Rücksicht auf das Unterstützungswesen. Manche Staaten gewähren Zuschüsse, die aber für Ausländer nicht in Betracht kommen. Außerdem bestehen in einigen Ländern (z. B. in England) mehrere Organisationen ungelarnter Arbeiter nebeneinander, die erst unter sich noch die Gegenseitigkeitsbedingungen zu regeln haben. Der Kongreß stimmte folgendem Vorschlag der zur Ausarbeitung eines Regulativs eingesetzten Kommission zu:

Die Kommission spricht sich prinzipiell dahin aus, daß der Uebertritt von Mitgliedern einer Organisation in die andere ohne Eintrittsgeld stattfinden soll und die übergetretenen Mitglieder Anspruch haben auf dieselben Unterstützungen und Vorteile, die in den beiden Organisationen vorhanden sind.

Die Kommission bittet den Kongreß, das Regulativ heraus zu beauftragen, Uebertrittsbedingungen vorzubereiten und diese dem nächstfolgenden Kongreß vorzulegen.

Einem von der Kommission vorgelegten Regulativ gab der Kongreß seine Zustimmung. Danach befindet sich nunmehr der Sitz des internationalen Sekretärs der Fabrikarbeiter in dem Lande und in der Stadt, wo sich der Sitz des internationalen Gewerkschaftsbundes befindet. Zweck der Internationale ist, die ökonomischen und sozialen Interessen aller Fabrikarbeiter zu fördern und zu wahren. Organe der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände sind der Internationale Kongreß und das Exekutivkomitee. Dieses besteht aus 5 Mitgliedern. In das Komitee entsenden Deutschland 1, England 1, die skandinavischen Länder 1, Frankreich und Belgien 1 und Desterreich und die Tschechoslowakei 1 Vertreter. Die Veröffentlichungen der Internationale erfolgen in deutscher, französischer, englischer und schwedischer Sprache.

Rein Wilson stürzte den Kongreß. Die Fabrikarbeiterinternationale tritt geschlossener und geselliger auf den Plan als vor dem Kriege. Nichts kann diesen einheitlich gerichteten Geist zerstören, wenn es die Arbeiterschaft nicht selbst tut. Vor diesem Verhängnis möge sie bewahrt bleiben.

Rus der Textilindustrie.

Ausstände der Textilarbeiter gab es vorige Woche in mehreren Gebieten des Reiches; sie dürften bei Erscheinen des Blattes aber alle beigelegt sein.

Aus der internationalen Textilindustrie. Während die letzten Berichte aus den meisten Teilen der deutschen Textilindustrie etwas günstiger lauten, ist die Geschäftslage in der internationalen Textilindustrie mit wenigen Ausnahmen keine befriedigende. In Schweden existieren sowohl in der Wolle- wie in der Spinnindustrie große Lagerbestände. Neue Aufträge gehen nur sehr vereinzelt ein. Verhältnismäßig besser ist der Geschäftsgang in der Woll- und Strickwaren, sowie in der Baumwollindustrie. Auch die Nachrichten aus Dänemark lauten nicht besonders besriedigend. Gute Zeiten macht die finnische Textilindustrie durch, während in den übrigen Nordstaaten das Geschäft sich noch wenig belebt hat. Auch in Polen bleibt die Lage noch immer sehr schwierig. Daß in Frankreich, und zwar mit vielleicht alleiniger Ausnahme der Seidenindustrie, der Geschäftsgang in der Textilindustrie unbeeinträchtigt ist, konnte schon mehrmals berichtet werden. In Spanien und Portugal scheint sich die Lage etwas zu bessern, während andererseits in Japan und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Depression in der Textilindustrie weiter anhält. Am allerwenigsten scheinen die Textilindustriellen der südamerikanischen Staaten von der Wirtschaftskrise berührt worden zu sein.

Internationaler Baumwollfabrikantenverband. Wie wir hören, steht eine Reorganisation des internationalen Verbandes der Baumwollfabrikanten bevor. Polen, die Tschechoslowakei und die anderen nach dem Kriege gebildeten Staaten werden aufgefordert werden, Delegierte zu dem Verband zu ernennen. Außerdem soll wiederholt darüber beraten werden, ob es angezeigt ist, nunmehr wieder Deutschland und Oesterreich zu dem Verband zuzulassen.

Internationaler Verband der Flach- und Berggarbspinnereien. Der Internationale Verband der Flach- und Berggarbspinnereien beschäftigt seine seit dem Kriege eingestellte Tätigkeit demnächst wieder aufzunehmen.

Die Lage der Wollmärkte. Während in der letzten Zeit die europäischen Wollmärkte eine gewisse Schwäche zeigen, lauten die Berichte von den australischen Märkten verhältnismäßig günstiger. Die in Sibeh und Melbourne abgehaltenen Wollversteigerungen brachten verhältnismäßig feste Preise und auch ziemlich Kauflust, während die in Europa abgehaltenen Auktionen fast ohne Ausnahme einen matten Verlauf genommen haben. Von den großen Wollmärkten in Frankreich und in England, so aus Doubaig, Lourcoina, aus Bradford und Liverpool, waren die Berichte der letzten Zeit durchaus nicht günstig.

Gewinne in der Textilindustrie. In Nr. 46 berichteten wir eine Gewinnauflistung, wobei wir bemerkten, daß Mengengewinn und Dividende zusammen eine gewisse Summe pro Arbeiter bzw. Angestellten ergäben. Wir müssen diese Bemerkung dahin richtigstellen, daß die Dividenden nur ein Teil des Reingewinns sind, dieser mit der Dividende also nicht addiert werden darf. Es kommen dann nicht auf den Kopf 3000 M., sondern „nur“ 1829 M., also etwa zwei Drittel der obengenannten Summe, was auch noch recht ansehnlich ist. Dabei ist aber noch zu beachten, daß die Aufstellungen der Aktiengesellschaften natürlich im Interesse des Unternehmers gemacht werden und dieses erweist, die wirklich gemachten Gewinne zu einem erheblichen Teil zu verbergen, so daß unter Umständen nur über zwei Drittel des wirklich erzielten Reingewinns durch die Geschäftsbilanzlage zutage treten also in unseren Fällen der wirklich erzielte Reingewinn etwa soviel betragen kann, wie wir ihn unter fälschlicher Zusammenrechnung mit der Dividende bezifferten.

Soziale Rundschau.

Monatliche Arbeitslosen-Zählung im Deutschen Textilarbeiter-Verband.

Die Oktoberzählung ergab 177 193 männliche und 333 179 weibliche, zusammen 510 372 Mitglieder. Die Zählung umfaßt 97,8 Prozent der Mitglieder, im Vormonat 92,2 Proz. 77 Filialen mit 13 615 Mitgliedern haben nicht berichtet. Als arbeitslos sind am Oktoberfesttag 27 579, gleich 5,4 Proz. der Mitglieder gemeldet worden, davon sind 9289, gleich 5,4 Proz. männliche und 18 290, gleich 5,6 Proz. weibliche Mitglieder. — Im September betrug die Arbeitslosigkeit 7,0 Proz., bei den männlichen 6,1 Proz. und bei den weiblichen Mitgliedern 7,6 Proz. Die Arbeitslosigkeit hat sich demnach wieder um 1,5 Proz. verringert. Die Berichterstattung umfaßte im Monat Oktober 97,8 Proz. der Mitglieder, eine Zahl, die wir seit Februar d. J. (97,7 Proz.) nicht mehr erreicht hatten. Wer dennoch müssen wir die Geschäftsführer sowie Filialkassierer ermahnen, besser und pünktlicher zu berichten. Jeden Monat müssen wir über hundert Mahnungen schicken, und dennoch haben auch diesmal wieder 77 Filialen trotz der Mahnung nicht berichtet. Ein Kollege, der gemahnt worden ist, schrieb uns, daß er, solange er keine Arbeitslosen habe, nicht berichten werde. So etwas darf nicht vorkommen! Jede Filiale muß berichten, auch wenn keine Arbeitslosen vorhanden sind, und zwar am Stichtag, der regelmäßig alle Monat im „Textilarbeiter“ bekanntgegeben wird.

Das Existenzminimum im Oktober 1920.

Nach Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 4. bis 31. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Breits Oktober	1913
7600 Gramm Brot	1800	185
350 „ Nahrungsmittel	206	16
1000 „ Fleisch	1522	180
50 „ Butter	188	14
130 „ Kofosfett	442	18
1000 „ Zucker	1500	47
250 „ Sunsthonig	865	15
Zusammen	6023	475

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 60,23 Mark zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,75 Mark kaufen.

	Breits Oktober	1913
3000 Gramm Kartoffeln	1506	119
500 „ Saferflocken	240	15
2000 „ Gemüse	275	25
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	2221	187

1500 Gramm Kartoffeln	120	8
1500 „ Gemüse	150	21
500 „ Speisebohnen	300	20
250 „ Safermehl	200	15
250 „ Margarine	715	40
Zusammen für eine Frau	3706	291

250 Gramm Erbsen	175	10
500 „ Reis	650	22
1500 „ Musapfel	405	68
125 „ Schmalz	680	18
Zusammen für einen Mann	5626	379

Unter Einrechnung von Wohnungsmiete, Kleidung, Wäsche, Reinigung und sonstigen notwendigen Ausgaben ergibt sich für den Oktober 1920 in Groß-Berlin als wöchentliches Existenzminimum:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	56	93	137
Wohnung	9	9	9
Erziehung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	39	58	79
	166	232	317

Vom Oktober 1913 bis zum Oktober 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,90 auf 156 Mk. d. h. auf das 9,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,45 Mk. auf 232 Mk., d. h. auf das 10,3fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,95 Mk. auf 317 Mk., d. h. auf das 10,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen ist die Mark jetzt etwa 10 Pf. wert. (Im September und August war die Mark 10 bis 11 Pf., im Juli 9 bis 10 Pf., im Juni 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

Ein Angriff auf den Achtstundentag?

Wie es heißt, befindet sich in den zuständigen Ministerien der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Vorbereitung. Nach ihm gelten als gewerbliche Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes alle diejenigen, die in einem gewerblichen Betriebe, einschließlich der des Handelsgewerbes und des Bergbaues und den Betrieben des Reichs, der Länder und der Kommunen auf Grund eines Vertragsverhältnisses als Gezellen, Gehilfen, Lehrlinge, Werkmeister, Techniker oder Fabrikarbeiter beschäftigt sind. Ausgenommen von diesem Gesetz sind ausdrücklich Personen, die Vorgesetzte von mindestens 50 Arbeitern sind. Das Gesetz findet weiter keine Anwendung auf Betriebe, in denen lediglich familienangehörige beschäftigt werden. Auf die mit Heimarbeit beschäftigten Personen des Betriebs werden die Bestimmungen des Gesetzes ebenfalls nicht angewendet. Auch diejenigen, die von der Verwaltung der Eisenbahn, der Straßenbahn sowie der Telegraphen- und Postverwaltung im eigentlichen Verkehrsbetriebe beschäftigt werden, fallen nicht unter die Gesetzesbestimmung. Weiter ausgenommen sind das Fischereiwesen, das Seewesen und das Schiffbauwesen, ausschließlich des Bau- und Entlohnens der Schiffe. Der § 3 des Gesetzes bestimmt, daß im allgemeinen die Arbeitszeit die Dauer von 8 Stunden, einschließlich der Pausen, nicht überschreiten darf.

Es heißt aber dann in dem Gesetz: Wenn an einzelnen Werktagen, insbesondere an den Tagen vor Sonn- und Festtagen, im Betriebe weniger als 8 Stunden oder überhaupt nicht gearbeitet wird, kann das Fehlen an Arbeitsstunden dadurch ausgeglichen werden, daß die Arbeitszeit an den übrigen Werktagen der gleichen Woche verlängert wird. Jedoch darf die Gesamtzahl der Arbeitsstunden an den 6 Werktagen einer Woche nicht mehr als 48 Stunden und an den einzelnen Werktagen nicht mehr als 9 Stunden betragen. Eine längere Arbeitszeit, jedoch nicht über 11 Stunden täglich, ist in solchen Fällen nur dann zulässig, wenn sie infolge außergewöhnlicher Betriebsverhältnisse unvermeidbar ist und ihre Einführung innerhalb 8 Tagen dem zuständigen Gewerkschaftsbeamten oder Verkaufsstellenbeamten zur Kenntnis gebracht wird. Für die mit Schichtwechsel arbeitenden

Betriebe ist festgesetzt, daß die Arbeitszeit für die Arbeiter, die sonst täglich notwendige Arbeiten ausführen, im Durchschnitt dreier Wochen 56 Stunden wöchentlich nicht überschreiten darf. Diese Betriebe werden durch den Reichsarbeitsminister besonders bestimmt. § 6 untersagt den Arbeitnehmern, die in ihrem Betriebe voll beschäftigt sind, in ihrem oder in einem anderen Berufe ein dauerndes Arbeitsverhältnis mit einem zweiten Arbeitgeber einzugehen. Die Arbeitgeber dürfen solchen Arbeitnehmern hinsichtlich keine Beschäftigung geben und sind verpflichtet, bei der Einstellung neuer Arbeitnehmer diese zu befragen, ob sie schon bei einem anderen Arbeitgeber in einem dauernden Arbeitsverhältnis stehen. Die Arbeitgeber dürfen nicht gestatten, daß ihre Arbeiter nach Ablauf der gesetzlichen Arbeitszeit auf eigene Rechnung im Betriebe weiterarbeiten. Arbeiterinnen dürfen nach ihrer Niederkunft 6 Wochen nicht beschäftigt werden. Sie können auf Grund ärztlichen Zeugnisses 6 Wochen vor ihrer Niederkunft die Arbeit niederlegen. Während ihrer Abwesenheit darf ihnen nicht gekündigt werden. Eine Beschäftigung von Arbeiterinnen unter Tage ist durch das Gesetz verboten. Bei außergewöhnlicher Schöpfung der Arbeit kann auf Antrag des Arbeitgebers für einzelne Betriebe eine abweichende Regelung der Arbeitszeit der über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen an 60 Tagen im Jahr zugelassen werden. In diesen 60 Tagen können die Beschäftigungsbestimmungen also außer Kraft gesetzt werden. Unter Umständen ist auch eine Ausdehnung auf 90 Tage zulässig. Zuletzt enthält das Gesetz noch einige Strafbestimmungen, die Verstöße gegen einzelne Vorschriften mit Geldstrafen von 150 bis zu 3000 Mk. ahnden.

Wir Textilarbeiter, die wir vielfach schon die 46-Stundenwoche haben und die wir uns immer fast mit Erfolg gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Tagen auf Grund der verkürzten Arbeitszeit am Sonnabend gewandt haben, würden, wenn der Entwurf Gesetz werden würde, entweder den sogenannten freien Sonnabendnachmittag oder den Achtstundentag einbüßen, in jedem Fall aber die 46-Stundenwoche. Und ob wir nicht bald wieder zum weiland 11-Stundentage kommen würden, ist auch nicht sicher, denn „außergewöhnliche Betriebsverhältnisse“ lassen sich leicht konstruieren, und sie sollen ja eine Arbeitszeit bis zu 11 Stunden täglich zulassen. Wenn dabei die Arbeitswoche auch nicht 48 Stunden überschreiten darf, so wäre es für den Verbrauch an Arbeitskraft doch nicht gleichgültig, ob an einigen Tagen der Woche die Arbeitszeit über Gebühr ausgedehnt wird und an anderen müßig liegt. Uebrigens könnten auch leicht aus 3 oder 4 längeren Arbeitstagen 5 oder 6 werden. Die Arbeiterschaft wird gegen die augenblicklich beabsichtigte Strangulierung des Achtstundentages bzw. der 46- oder 48-Stundenwoche entschieden Front machen. Doch nicht allein aus hygienischen und sozialen, sondern auch aus politischen Gründen. Ist doch der Achtstundentag so ziemlich die einzige Errungenschaft, die daran erinnert, daß wir vor zwei Jahren eine Revolution hatten.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. (Generalversammlung am 1. November.) Kollege N i e m e h gab den Kassenbericht und hat die Unterkassierer, die ausstehenden Mitglieder sofort abzumelden, damit nicht unnötige Gelder an die Hauptkasse abgeführt werden. — Kollege W l u m berichtete über den Reichsbetriebsrätekongreß. Eingangs verurteilt er das Verhalten des Zentralvorstandes, der den Delegierten zum Betriebsrätekongreß die Teilnahme an einer zuvor abgehaltenen Sitzung, einberufen von der U. S. V. D., verbot, aber der Zentralvorstand selbst war da. Dann gab er in kurzen Worten den Bericht vom Kongreß und fragte, ob die Kollegen mit seinem Verhalten dortselbst einverstanden seien. Gleich hinterher gab der Kollege K u n e r t den Bericht von der Sauratekonferenz. In der Diskussion hierüber sprachen zuerst Kollege F i e s l e r und Kollege F o r s t r e u t e r. Sie hätten deshalb gegen die Resolution gestimmt, weil sie nicht glauben, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte nur innerhalb der Gewerkschaften erfolgen könne. Kollege R e i c h e l t antwortete dem Kollegen W l u m, daß wohl zwei Kollegen vom Zentralvorstand an der Fraktionssitzung teilgenommen haben, aber nicht vom Verband hingeschickt seien. In seinen weiteren Ausführungen tritt er ein für die Zusammenfassung der Betriebsräte nur innerhalb der Gewerkschaften, und die Berliner hätten sich auch den Beschlüssen der Kongresse zu fügen. Die Kollegen K o p f e und G r u h l stellen fest, daß die Berliner sich nur an die Beschlüsse der Plawener Generalversammlung sowie der Gewerkschaftskommission gehalten haben, auch würde kein vernünftig denkender Arbeiter daran denken, die Organisation, die er selbst mit geschaffen habe, zu zertrennen. Kollege D u g l o s c h empfiehlt den Zentralvorstandsmitgliedern, etwas mehr revolutionären Geist anzunehmen, und Kollege B i r l meint, wenn die Führer keine Parteipolitik, sondern eine reine Arbeiterpolitik treiben würden, würde auch keine Zertrümmerung der Gewerkschaften stattfinden können. — Sodann ergriff Kollege K o p f e nochmals das Wort und ermahnte in warmen Worten, an der Organisation festzuhalten. Er führte aus, daß an der ganzen Zersplitterung der Arbeiter nur die Politik des 4. August 1914 schuld sei, und würden die Führer eingestehen, daß ihre Politik eine falsche war, so würden die Arbeiter auch bald zur Einigung kommen. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 1. November 1920 tagende Generalversammlung der Verwaltung Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes erklärt, daß unter allen Umständen eine einheitliche Kampffront gegen das organisierte Textil-Unternehmertum gewahrt werden muß. Diese einheitliche Kampffront bietet der Arbeiterschaft der Textilindustrie einzig und allein der Deutsche Textilarbeiterverband.“

Dann stellte Kollege F o r s t r e u t e r den Antrag, zur nächsten Monatsversammlung einen Vertreter der Nützenträger einzuladen. — Zu diesem Antrag will der Vorstand Stellung nehmen.

G e m m i t s. Ueber die „Lage der Textilindustrie und der Deutsche Textilarbeiterverband“ sprach am 29. Oktober im Volkshaus unser Zentralvorsitzender, Kollege J ä d e l in einer überfüllten Mitgliederversammlung. Seine trefflichen Ausführungen waren unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt gehalten, wobei er in kurzen Strichen auf die Krisen sowie auf die Rohstoffversorgung der Textilindustrie zu sprechen kam. J ä d e l ging auch auf die Sozialisierung ein, woraus zu entnehmen war, daß er auf dem Standpunkt stehe, eine Teilsozialisierung komme nicht in Frage, sondern nur die Sozialisierung der Gesamtindustrie. Nur der organisierte Klassenkampf sei das Mittel zur Erreichung des Sozialismus, durch welchen das deutsche Volk aus der Not gerettet werden könnte. — In der Diskussion trat Kollege S a u b o l d - P a l l e n a u mit einer kommunistischen Rede dem Kollegen J ä d e l entgegen. J ä d e l erwiderte in sachlicher Weise und empfahl, allen Spaltwunden innerhalb der Organisation die größte Aufmerksamkeit zu schenken und alles von sich zu werfen, was die Einigkeit der Gewerkschaften zerschanden könnte. — Kollege F l o r i d u h gab einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung. Die Besprechung des Berichts konnte nicht zu Ende geführt werden. Das soll in einer weiteren Versammlung geschehen.

D ü r e n. In einer am Donnerstag, den 4. November, abgehaltenen Mark besuchten Mitgliederversammlung wurde u. a. zu dem Schiedspruch des Dürener Schlichtungsausschusses, welcher am Freitag, den 29. Oktober, gefällt wurde, Stellung genommen. Der Schlichtungsausschuß hielt eine Lohnerhöhung von 13 Proz. für angemessen, sowie die Erhöhung der wöchentlichen Zulage für Kinder von 4 auf 5 Mk. und für Ehefrauen von 8 auf 10 Mk. Die Nachzahlung hat von der Lohnperiode an, in die der 1. Oktober 1920 gefallen ist, zu erfolgen. Mit Rücksicht auf die ungeheure Kollage der Textilarbeiter und in Anbetracht der Nach-

zahlung, auf die die Arbeiterschaft besonders jetzt nicht verzichten kann, wurde der Schiedspruch anerkannt. — Weitere Klagen wurden aus der Versammlung darüber laut, daß die Dürener Textilarbeiter, besonders die im Zeitlohn Beschäftigten, nach wie vor für dieselbe Arbeit bedeutend schlechter entlohnt würden, als die in den Nachbarstädten Guskirchen und Wehrburg. Haben diese schon nur 4,48 und 4,60 Mk. die Stunde, so die hiesigen Arbeiter gar nur 4,07 Mk. mit der Lohnerhöhung. Wie sollen sie damit auskommen? — Die Versammlung nahm einen jähren Verlauf. Nach einem Vortrag des Kollegen W a c h e n d o r f, welcher aufmerksam Zuhörer hatte, versprachen die Anwesenden, treu zum Deutschen Textilarbeiterverband zu stehen und auch ihrerseits zum weiteren Ausbau des Verbandes beitragen zu wollen.

G l a u h a u. Am Mittwoch, den 27. Oktober, fand im „Meisterhaus“ eine sehr schwach besuchte Filialversammlung statt. Kollege S a l z erstattete Bericht vom Betriebsrätekongreß in Berlin, wobei er hauptsächlich die Referate W i s s e l s und H i f f e r d i n g s behandelte. Eine besondere Genugtuung sei es, daß trotz kräftiger Zusammenstöße alle Delegierten am Schluß des Kongresses für einen festen Zusammenschluß der Gewerkschaften mit den Betriebsräten eintraten. Kollege S c h m u h l e r behandelte dann das Thema: „Was muß jeder vom Steuerabzug wissen?“ Kollege K r a u s e verlas hierauf den Kassenbericht vom 3. Quartal 1920, welcher eine Einnahme von 189 616 Mk. und eine Ausgabe von 121 345,22 Mk. ergab. An Arbeitslosenunterstützung wurden 69 298 Mk. verausgabt.

G l e i s e n. Hier ist es gelungen, die Landwirte zu bestimmen, an die versorgungsberechtigte Bevölkerung pro Kopf 4 Zentner Kartoffeln a 20 Mk. abzugeben. Das Beispiel unserer Landwirte verdient nachgeahmt zu werden.

G u m m e r s b a c h. In unserer Vierteljahrsversammlung sprach — nach dem Kassenbericht — Kollege B a n h u i s über die letzte Lohnbewegung und über die vom Arbeitgeberverband herausgegebenen neue Arbeitsordnung, welche letztere Redner verwarf. — Am 21. November findet unser Winterfest statt.

O f f e r o b e a. S a r a. Infolge Beschlusses unserer Mitgliederversammlung vom 31. Oktober erhöht sich vom 15. November an der Lokalbeitrag von 10 auf 20 Pf.

T r a d e n b e r g i. S c h l. Eine interessante Betriebsversammlung tagte in der Flachfabrik. Die Arbeiterschaft war geschlossen im Fabrikarbeiterverband organisiert. Da nun aber Flacharbeiter Textilarbeiter sind, wollte die Gewerkschaft des Deutschen Textilarbeiterverbandes die dortige Arbeiterschaft zum Uebertritt veranlassen. Beide Verbände hatten Vertretungen entsandt. Die Versammlung stimmte geschlossen für sofortigen Uebertritt. Der Kollege vom Fabrikarbeiterverband ermahnte die Anwesenden, nun auch fest zu unserem Verband zu halten, welcher die Berufsinteressen mit Sachkenntnis wahrnehmen könne. Es wurde dann noch beschlossen, das alte Tarifverhältnis zu lösen. Löhne von 2,60 Mk. für männliche und 1,60 Mk. pro Stunde für weibliche Arbeiter müssen auch hier verschwinden, wenn die Arbeiterschaft nicht elend verkommen soll. Kollege G ü t t l e r versprach, dem Verlangen in weitestem Maße Rechnung tragen zu wollen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 21. November, ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

Unsere Abteilung für Betriebsräte ersucht schließlich die umgehende Rücksendung der Fragebogen vom 18. Oktober 1920, betreffend die vom Beirat in seiner Barmer Tagung beschlossenen Richtlinien für die Organisation der Betriebsräte.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.
Gau Düsseldorf. Mastätten. V: Heinrich Kaiser, Delsberg bei Mastätten, Kr. Goarshausen. K: Philipp Welden, Mastätten, Kr. Goarshausen, Rheingaustraße 26.
Gau Oera. Blankenburg. K: Hermann Gager, Rudolfsbader Str. 32.

Ortsverwaltungen.
Eisenach. Unser Vorsitzender, Kollege Otto Wolf, geb. am 14. Februar 1887 zu Eisenach, eingetreteten in den Verband am 3. Januar 1919 hier, Buch-Nr. 832 344, ist plötzlich gestorben. Er schuldete der Lokalkasse 206,25 Mark. Eine am 10. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung hat ihn wegen seiner Handlungsweise aus dem Verbandsausgesehlossen.

Die Ortsverwaltung.
Greiffenberg i. Schl. Das Mitgliedsbuch Nr. 664 225, lautend auf Ernestine Gerber, Arbeiterin, geb. 4. 3. 1849 zu Kunzendorf i. V.; eingetreteten in den Verband 17. 8. 1916 zu Greiffenberg i. Schl. ist verlorenggegangen. Bei etwaigem Austausch wolle man es an den Ortskassierer P. Fritsch, Greiffenberg i. Schl., Kirchberger Str. 60, einfinden.

Die Ortsverwaltung.
Unterlaundringen. Die Mitgliedskarte, Orts-Nr. 116, des Kollegen Otto Schmidt, geb. 20. Mai 1893, in den Verband eingetreteten am 26. Januar 1920 in Tübingen, ist verlorenggegangen. Es wird für ungültig erklärt. Bei etwaigem Austausch an uns einfinden!

Die Ortsverwaltung.
Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 20. November.

Verlag: Karl Köhler in Kollernberg-Mücheln. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Otto Dreier in Berlin. Für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Nordwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

- Totenliste.**
Gestorbene Mitglieder.
 Berlin. Gustav Hennig, Tuchfäherer, 78 J.
 Glauchau. Berta Wötcher, 68 J., Magenleiden.
 Greta. Johanna Stöckert, Arbeiterin, 60 J., Magenleiden.
 Gummersbach. Christian Gausmann, 53 J., Tuberkulose.
 Hamburg (Bezirk Bergedorf). Hulda Schill, Spinnein, 22 J.
 Hamburg (Bezirk Wilhelmsburg). Paul Sojna, Arbeiter, 57 J.
 Heidenheim a. Brenz. Kathi Lang, 38 J., Unglücksfall.
 Friederike Spahr, 35 J., Entbindungsfolgen.
 Kottbus. Martha Hoffmann, 38 J., Lungenleiden. Wilhelm Naaf, 70 J.
 Lichtenstein-Lugau. Frida Rosern, Rühnapfel, 21 J., Operationsfolgen. Anna Wattersch, geb. Defer, Lugau, 57 J.
 Wülfen. St. Jakob. Franz Schläupf, Handweber, 70 J., Altersschwäche.
 Münchberg i. V. Margareta Bucher, Fabrikarbeiterin, 45 J.
 Rosina Spitzbarth, Fabrikarbeiterin, 51 J.
 Osterode a. Harz. Erna Delmaslo, 22 J., Lungentuberkulose.
 Pulkwitz. Bernhard Guhr, Weber, 64 J., Wasserleiden.
 Suda. Luise Gander, Weiferin, 47 J., Operationsfolgen.
 Zeulenroba. Elise Günzel, Näherin, 19 J., Elisabeth Weber, Striderin, 19 J., Kindbettfieber.
 Züllichau. Margareta Menke, Weberin, 27 J., Mundfäule.
 Zwickau. Martha Gahn, Spinnein, 17 J., Lungenleiden.
- Ehre ihrem Andenken!**
- Zusammenkünfte.**
Mitglieder-Versammlungen.
 Berlin. Färber. Dienstag, den 23. November, nachm. 5 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17.
 Fürstentum a. d. Spree. Dienstag, 30. November, in der „Wilhelmshöhe“, Gartenstr. 41.
 Gelnhausen i. Sa. Sonnabend, 27. November, abends 8 Uhr, bei Balg.